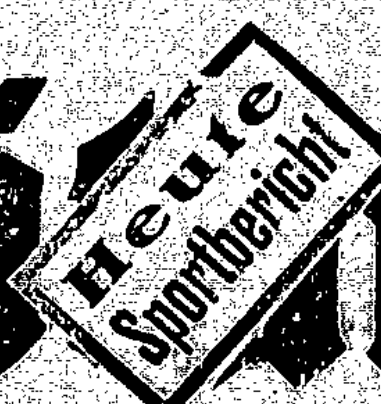


# Schlesische Arbeiter-Zeitung



Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit der 14-tägig erscheinenden Beilage „Der rote Stern“ und den Beilagen „Die Leibzucht“, „Die Kommunistin“, „Der Flugdolch“, „Die rote Eichel“  
Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Dittersbach, Gottesberg, Nieder-Perusdorf, Sittendorf, Neu-Salzbrenn, Nieder-Salzbrenn, Wehlitz, Wärschendorf.

**Anzeigenpreis:** Die 10spaltige Millimeterzeile od. deren Raum 10 Goldpfennig. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 5 Goldpfennig. — Kellerausspiel: Die Millimeterzeile 3 aufwärts oder deren Raum im Text 50 Goldpfennig.

Montag, 17. November 1924

**Abonnementspreis:** Bei monatlich 3 maligen Lieferungen monatlich 1,20 M. Einjahresabonnement 12 M. (Einschl. Postgebühren).  
Redaktion und Expedition: Breslau, Teichinger Straße 60. — Postamt Breslau Nr. 21080. — Fernsprecher: Breslau, Ring 1937.

## Die Wahlschlacht muß gewonnen werden!

### Der Ruf unseres zweiten Reichstagskandidaten Genossen Max Gläser aus dem Kerker.

Abg. 4/17 J. 4/124 9191 vom Gefängnis am 6. 11. 24  
An das Volkkomitee der K. O. D. in Schlesien

Liebe Genossen!  
Gute Nacht! Ich habe heute, wie ich immer für die Kommunisten die wichtigsten Aufgaben als Kandidat erfüllt.  
Diese Mitteilung ist für mich keine leere Rede, sondern ein Aufruf an alle Genossen, die mich unterstützen wollen. Ich bin bereit, alles zu tun, was für die Sache der Arbeiter notwendig ist.  
Ich bin bereit, alles zu tun, was für die Sache der Arbeiter notwendig ist.  
Ich bin bereit, alles zu tun, was für die Sache der Arbeiter notwendig ist.

Ich bin bereit, alles zu tun, was für die Sache der Arbeiter notwendig ist.  
Ich bin bereit, alles zu tun, was für die Sache der Arbeiter notwendig ist.  
Ich bin bereit, alles zu tun, was für die Sache der Arbeiter notwendig ist.

### Der Krach in der sächsischen SPD.

Dresden, 17. November.

(Eigener Drahtbericht)

Auf dem Parteitag der sächsischen SPD wurde in einer Resolution jede Verantwortung für die Haltung des Kabinetts held abgelegt. Der Parteitag forderte den Bezirksvorstand auf, alle Angeordneten, die gegen die Auflösung gestimmt hätten, ihres Abgeordnetenpostens zu entheben und gegebenenfalls aus der Partei auszuschließen.

In Sachsen ist die sogenannte „linke“ SPD am Werk. Wir haben die Tätigkeit dieser Linken bereits vor einem Jahr kennengelernt, und der famose Karl Böttcher, der im vorigen Jahr die sächsischen Arbeiter belogen hatte, daß die Reichswehr nicht nach Sachsen, sondern nach Bayern marschiere, ist auch heute wieder ein Antriebskraft der sogenannten „linken“ Politik. Was ist in Sachsen los? In Sachsen haben wir die große Koalition von SPD, bis zur Deutschen Volkspartei. Die „Linken“ sind damit nicht einverstanden und der linke Liebsmann hat ein Buch gegen seinen Parteigenossen, Ministerpräsidenten Held, herausgegeben, in dem er ihn der schlimmsten Korruptionswirtschaft und des Arbeiterrats beschuldigt. Wir werden ein anderes mal einige Stellen aus dieser interessanten Broschüre veröffentlichen.

Es kam der Dresdener Parteitag und die „Linken“ konnten es fertig bringen, daß der Parteitag den Beschluß faßte, die Koalitionsregierung durch ein Ministereinschulden aufzulösen zu lassen. Aber was wissen Sozialdemokraten von Disziplin? Als die Kommunisten im sächsischen Parlament den Antrag auf Auflösung einbrachten, waren es 23 SPD-Abgeordnete, die entgegen dem Beschluß des Dresdener Parteitages, weiter für die Koalitionsregierung stimmten. Draußen ist der Krach von neuem entbrannt. Wäre die Schimpfkanonade hin und her. Man führt die Diskussion nicht politisch, oder spricht sich über Grundzüge und Politik der Partei aus, sondern betradachtet die Fragen vom organisierten Standpunkt, das heißt zu deutsch, vom Standpunkt der Führertruppe. Zur Charakteristik der Linken möge dienen, daß der Volksminister Gausel im Jahre 1922 im sächsischen Landtage erklärte,

daß, wenn er die schwarz-weiß-rote Fahne verbieten müßte, er auch die rote Fahne nicht gestatten dürfte. Keine Linke!

Der Parteivorstand in Berlin trägt sich den Kopf und überlegt, was machen? Eigentlich müßten die 23 Disziplinbrüchigen aus der Partei ausgeschlossen werden. Aber der Parteivorstand deckt den Disziplinbruch ihrer großen Koalitionspolitiker. Herr Wels vom Parteivorstand hat den Stein der Weisen gefunden. Er schrieb einen Brief an die Landesorganisation Sachsen, in dem es heißt, daß während des Wahlkampfes alle Differenzen, die auf Grund Landespolitiker (!) Fragen entstanden sind, zurückzustellen sind. Der Parteivorstand verbietet also der Linken die weitere Diskussion über den sächsischen Skandal. Er ist weiter, damit einverstanden, daß die Koalitionsregierung bestehen bleibt, und daß die Beschlüsse des Dresdener Parteitages nicht durchgesetzt werden.

Uns Kommunisten kann die Diskussion Hofe wie Jachsin. Die sächsischen sozialdemokratischen Arbeiter werden von den „linken“ Führern mit Phrasen beschissen gemacht und die rechten Korruptionspolitiker machen weiter ihre Politik. Es ist interessant, daß die Sozialdemokraten überall nach Auflösung der Parlamente schreien und in Sachsen, wo sie die Auflösung zusammen mit Kommunisten durchdrücken können, ziehen sie den Bund mit den Volksparteilern vor.

Ob links, oder rechts. Die einen schlagen linken Scham, die anderen rechten. Es kommt beiden nur auf die Posten an. Jeder Arbeiter muß dieses Spiel durchschauen, bevor eine Zurückführung der Sozialdemokratie auf den Boden des revolutionären Klassenkampfes ist unmöglich. Heraus aus der Partei des Arbeiterrats, der Kleber, Mandatjäger und Verräter! Alle Stimmen der einzigsten Arbeiterpartei, der KPD!

### Vorkämmer Eisenbahner gegen die Verillabungspläne.

(Eigener Drahtbericht)

Berlin, 17. November.

Die arbeitgebermeinschaftlichen Organisationen der Eisenbahner hielten zwei starkbesuchte Versammlungen ab, in denen die Wiederherstellung des Achtstundentages, lezter eine zur reichende Lohnserhöhung gefordert wird. Die Versammlung zeigte eine ungeheure Empörung der Eisenbahner, die sich nicht mehr mit dem demagogischen Phrasen abstrahieren lassen wollen.

### Das Regle-Glend im Sonnenland.

Zur Viertergabe der Regiebahn in die Hand der Damesaltdaräte leit unser Bruderorgan, das „Roth-Scho“ mit, daß 35 Prozent aller bei der Regiebahn beschäftigten Eisenbahner abgedankt werden sollen. Die Reichsregierung überverwaltung der Länder die Wiederwahl von Betriebsräten und läßt nur sogenannte Vertrauensleute zu. Der Abbau liegt also vollständig in der Hand der Bürokratie der Aktiengesellschaft.

### Leerbühnung der Hochbahner.

Am Sonnabend fanden in Berlin Verhandlungen der Streikender mit der Hochbahndirektion statt. Die Direktion verlangte für die Hochbahner unannehmbare Bedingungen. Es bitterte nach dem Dames-erzept. Erstens Zugeständnisse werden keine gemacht. Zweitens: Arbeitsverhältnisse beginn als Reueinstellung. Drittens: nicht eingestellt werden die Betriebsräte und die Streikkommission.

Die Arbeiterräte laden sofort nach Bekanntgabe dieser Bedingungen die Verhandlung verlassen.

### Eisenbahnertampfbereitschaft überall.

Auch die Berliner Eisenbahner tampfbereit. Eine Betriebsversammlung des Berliner Eisenbahners, dessen Zweck es war, den geplanten Abbau weiterer 24.000 Eisenbahner mit Entkräftung zur Kenntnis und verlangte in einer einstimmig angenommenen Resolution den Generalstreik der Eisenbahner.

### Wieder ein unerhörtes Zuchthausurteil.

Nach dreitägiger Verhandlung wurde in Mannheim ein Urteil gegen 12 Arbeiter gefällt, die den Bergbau wegen des Streikrechts wegen Fortführung verbodener Organisationen und Fortführung von Unruhen zum Zuchthaus angeklagt waren. Das große Geschwengericht Mannheim fällt gegen die 12 Arbeiter 12 Jahre, 3 Monate Zuchthaus und 6 Jahre 9 Monate Gefängnis.

Der Vorsitzende erlaubte sich in seinem Schlusswort, der Arbeiterräte, Mannheim, zu drohen, daß er gegen sie gerichtliche Vor gehen werde, wenn sie dieses Urteil als ein Klassenurteil bezichtigte.



# Aufwertungs- und Stadtbankmandale.

F. R. Täglich bringen die Zeitungen eine Mandatsnachricht nach der anderen von Stadtbank- und Sparkassenbetrügereien und -Schiebereien. Der Waldenburger Stadtbankskandal findet täglich seine Wiederholung in den anderen Teilen Deutschlands. Überall haben leitende Direktoren, Mitglieder der Aufsichtsräte, Spitzen übergeordneter Kontrollbehörden und einfache Beamte mit den angesammelten Spargeldern des Mittelstandes, mit den Notgroschen der Arbeiter und alten Leute spekuliert und geschoben. In Waldenburg sind der Direktor und der Oberbürgermeister die unverantwortlichen Verwalter der Spargroschen. In Friedland spekulierte der ehemalige Bürgermeister mit den Geldern. In Nieder-Hermsdorf, Weichseln, Neufalz, Frankenstein, Fürstenwalde, M. Gladbach dieselben Schweinereien. In Torgau an der Elbe hat sich sogar der Landrat beteiligt.

Korruption in einem Ausmaße, wie man sie bisher nur in Amerika gekannt hat.

Die beteiligten Kreise und mit ihnen die Sozialdemokraten stellen diese Vorkommnisse als Einzelersehnungen besonders betrügerischer Menschen hin. Sie wollen nicht zugeben, daß diese Plünderungen zum kapitalistischen System gehören, wie der Saureteig in das Brot. Denn es ist die geschichtliche Aufgabe des Kapitalismus, die einzelnen Gelder der Arbeiter und des Mittelstandes in einigen wenigen Händen zu konzentrieren und so die gesamte Wirtschaft einer kleinen Zahl von Industrie- und Bankhöligen auszuliefern.

Vor dem Kriege war diese Entwicklung noch nicht so weit gediehen wie heute. Es werden mit den Geldern der gemeinnützigen Banken und Sparkassen nur gesetzlich gestattete Schiebungen vorgenommen. Aber bereits während des Krieges half die kaiserliche deutsche Regierung mit Hilfe der Kaisersozialisten, die Sicherheiten dieser städtischen Sparkassen und Banken zu untergraben. Die Sparkassen erhielten durch Gesetz die Ermächtigung, ihre Kapitalien in Kriegsanleihe (d. h. in wertlose Papierfetzen) anzulegen, für die die Sozialdemokratie für gutes Geld die Werbetrommel rührte, um jetzt entrüstet über die Kriegsschieber und Kriegsgewinnler herzufallen. In der Inflationszeit wurden alle kapitalistischen Instinkte im Menschen bis aufs äußerste hochgepeitscht. Wer nur konnte, schob und betrog den anderen.

Die Leidtragenden, die Opfer sind die Sparkassenbuch-Inhaber, die Hypotheken- oder Staatspapierbesitzer, die kleinen Rentner, kurzum alle die Leute, welche stets eine Mark für eine Mark ansehen, d. h. den inneren Wert des Geldes für unabänderlich hielten. Sie wurden grausam enttäuscht, sahen ihre sauer ersparten Pfennige, ihre Hypothekengelder, Kapitalien zu einem Nichts zusammenschmelzen und fanden keine Erklärung dafür, als die Juden sind daran schuld. Damit trafen sie in das Lager des Faschismus und der Reaktion. Sie wollten nicht sehen, daß es das kapitalistische System in seinen jüdischen und christlichen Vertretern selbst ist, welches das Unglück über sie gebracht hat und weiter bringen wird, so lange es besteht.

In dieser Zeit, in der fast täglich eine Stadt oder ein größerer Ort mit einem Sparkassenkandal in Aufruhr versetzt wird, sind die Spalten der Zeitungen voll von dem Problem der Aufwertung der Hypotheken, Anleihen, Mandatsgelder, Bank- und Sparanleihen usw. Alle diese Opfer der Inflation hoffen auf die Aufwertung. Sie werden dabei genau so getrennt, wie sie in der Inflation betrogen wurden, als sie von Tag zu Tag eine Stabilisierung erhofften. Sie glauben heute ebenso sehr an die Rückkehr der geschwundenen Gelder, wie sie damals an die Unmöglichkeit der Entwertung ihrer Sparvermögen glaubten. Doch das Rad der Geschichte läßt sich nicht zurückdrehen. Deutschland ist endgültig beklagt. Die Währung ist stabilisiert auf der Grundlage des geschwundenen Wertes des Mittelstandes und der Arbeiter. Dieser Rand an Volkseinkommen kann und wird nie völlig wiederhergestellt werden, solange nicht die Arbeiter und unteren Volksschichten den Staatsapparat in die eigene Hand genommen haben.

Die Großbourgeoisie und der Staat haben durch die Inflation das hohe Geschäft gemacht, indem sie den Mittel-

stand, den Arbeiter, Angestellten und Beamten ausfaugten. Sie werden sich niemals in das eigene Fleisch schneiden und deshalb keineswegs die vollwertige Aufwertung durchzuführen. Wenn werden einige Prozent Aufwertung zugesprochen werden. Wollt man sich noch um einige Prozent über die schon bewilligten 15 Prozent hinausgehen. Das wird aber alles sein. Und das trotz Borgaufleins und aller Wahlversprechungen der bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien, die bewußt verdecken, daß das Interesse des Mittelstandes und der Arbeiterschaft dem der Bourgeoisie in der Aufwertungsfrage und allen anderen Fragen direkt entgegengesetzt ist. Die Aufwertungsvereine, die die geschädigten Sparer und Rentner als Sondergruppen zusammenfassen und die Frage der Aufwertung losgelöst von allen politischen und wirtschaftlichen Fragen lösen wollen, treiben damit in die Sackgasse neuer Illusionen und neuer bitterer Enttäuschungen hinein.

Durch die Vernichtung des Mittelstandes in der Inflationszeit wurden die Mittelstandsbanken, die Stadtbanken und Sparkassen in die Hände oder unter den Einfluß der Großbanken gebracht. In Waldenburg war die Gelegenheit dazu bei dem Stadtbankskandal günstig. Mit Hilfe der Sozialdemokratie wurde hier die Stadtbank zu geradezu miserablen Bedingungen der Kommunalbank für Schlefien auf 25 Jahre übergeben. Die Kommunalbank selbst ist wiederum nur ein Werkzeug noch größerer Banken. Die Hoffnungen des Waldenburger Mittelstandes, jetzt aus dem Dreck herauszukommen, von neuen Verlusten verschont zu bleiben, werden sich als genau dieselben Illusionen erweisen, wie die Aufwertungshoffnungen.

Kapitalismus bedeutet: der Große frisst den Kleinen, der Kleine frisst den noch Kleineren, trotz aller Entrüstungsschreie des Mittelstandes. Kapitalismus bedeutet die Herrschaft eines Duzend allmächtiger Milliardäre über Hunderte von Millionen arbeitender Menschen. Wer Stadtbankschiebereien, Inflationsbetrügereien, lügenreichen Versprechungen der Parteien und Aufwertungsschwindeln verhindern will, der kann nicht am Kapitalismus herumfliegen, die Schuld auf einzelne (a la Rühle, Schüller usw.) abwälzen, sondern muß der kapitalistischen Hydra selbst das Haupt abschlagen.

## Keinen Streit während der Wahl! sagt Weitschen-Wierstich.

## Keinen Gegensatz zwischen arm und reich! sagt Paul Löbe.

Am 30. Oktober fand in Breslau im Gewerkschaftshaus eine Konferenz sämtlicher Gewerkschaftsangehöriger von Breslau statt. Sie befaßte sich mit der Vorbereitung zur Reichstagswahl. Der sozialdemokratische Gewerkschaftsführer Weitschen verlangte wörtlich:

„Daß sämtliche Gewerkschaftsangehörige während der Reichstagswahl ihre Dienste der SPD. zur Verfügung stellen. Lohnbewegungen sollen in dieser Zeit unterbleiben, aber auch für die Zukunft (!) muß bei Lohnbewegungen die Wirtschaft und die Gefahr einer neuen Inflation durch zu hohe Löhne berücksichtigt werden.“

Paul Löbe, der nicht Anbekennte, gab einige Hinweise, wie im Wahlkampf alle Gegensätze zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden zurückgestellt werden müssen, da die Hauptsache möglichst viele Stimmen sei.

\*

Das ist das wahr: Gesicht der Demagogen. Höhere Löhne! rufen sie in der Wahlpropaganda. Inzwischen gehen sie ihren Funktionären die Umkleekabine, alle Streiks zur Eringung höherer Löhne zu verhindern und abzuwürgen. Wiedereroberung des Nichtkündentages! geht ihr Wahllampschelch. Inzwischen verbieten sie ihren Funktionären den Kampf für den Nichtkündentag. Nicht nur das „Wirtschaftsleben“ (dies: der Unternehmerprofi) liegt ihnen am Herzen, nein, sie fürchten auch die Radikalisierung der Arbeiterschaft durch einen Streik und die unangenehmen Folgen der Radikalisierung für sie bei der Wahl. Gerade Oberkassler hat den für uns günstigen Einfluß von Kampfen ja während der Wahl gezeigt.

Über schließlich konnte man ja von Weitschen-Wierstich nichts anderes erwarten. Ein Gewerkschaftsführer, der seine Aufgabe darin erblickt, die Arbeiter mit der Weitschen niederzubehalten, wird nicht im Wahlkampf plötzlich zu einem Revolutionär. Bei Paul Löbe liegt die Sache insofern anders, als die schließliche Arbeiterschaft ihm schließlich ein wenig Klassenbewußtsein zutraut. Aber das Revolutionär-tum Paul Löbes beschränkt sich auf radikale Phrasen. Dort im engeren Kreis, in dem die Richtlinien für die Arbeit gegeben werden, wo man die Masse fallen läßt und unverbündet spricht, unter den Funktionären, dort enthüllt Paul Löbe sein harmonischduftiges Herz, dort bewirkt er den Unterschied zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden, dort predigt er die große Einheitsfront der Kapitalisten mit den Arbeitern.

Denkt daran, Arbeiter, am 7. Dezember!  
Geht den Feindern die Quittung!

## Fällige Handgranaten, Maschinengewehre usw.

Verhaftung zweier kommunistischer Abgeordneter.  
J. Fuldner wurden zwei kommunistische Abgeordnete verhaftet. Angeblich wurde ein ganzes Munitionslager bei ihnen gefunden. Desgleichen wurde eine größere Zahl von Genossen verhaftet. Es ist ja Wahlkampf, da müssen in Ermangelung von Scherabazillen die nötigen Wutpläne des Kommunismus erkundet werden. Auch hofft die Reaktion durch diese „Entlastungsaktion“, wie's die SPD. nennt, die Verhaftung unserer Wahlkämpfer, ihre Chancen für einen Wahlsieg zu erhöhen. Arbeiter, macht ihr Spiel zuchtanden!

## Es bleibt bei den 26 Prozent.

Trotz aller honigfüßen Reden schreibt Herrist diese Unterdrückungspolitik gegenüber Deutschland wie Voincare. Die deutsche Regierung verliere einen Handelsvertrag mit Frankreich abzuschließen, um die Aufhebung der 26prozentigen Exportabgabe, die die deutsche Ausfuhr erschwert, zu erwirken, und bot Frankreich als Entgelt Zollvorsätze an. Aber Herrist, als der echte Nachfolger Voincares, erklärt kategorisch: „Es bleibt bei den 26 Prozent.“

So sehen die Leute mit dem Palmzweig und der Friedens-taube aus.

## Gollmann (SPD.) läßt seinen Parteifreund Schäfer entweichen.

## Neue Enthüllungen im Kölner Korruptionskandal.

Am Donnerstag fand in Köln eine Stadtverordnetenversammlung statt, die sich mit den Korruptionsgeschichten der SPD. befaßte. In der Sitzung wurde festgestellt, daß der Oberbürgermeister den Beigeordneten Schäfer nicht verhaften ließ, obwohl er davon überzeugt war, daß die Anschuldigungen gegen Schäfer zu Recht bestanden. Der Sozialdemokrat Gollmann, der sozialdemokratische Beigeordnete Haas und der Stadtverordnete Börlinger hatten in der Nacht von Freitag auf Samstag, also nachdem die Angelegenheit schon bekannt war, eine Besprechung mit Schäfer gehabt, und haben ihn entkommen lassen. In der Stadtverordnetenversammlung erschien der Oberbürgermeister Adenauer und erklärte, daß sämtliche Verwaltungen korrumpiert und moralisch verkommen seien. Wörtlich erklärte er: „Es ist unmöglich, daß in der allgemeinen Atmosphäre der Korruption, wie sie in Deutschland herrscht, die Kölner Beamten dem entkommen könnten.“ Die bürgerlichen Parteien haben sich sechs Stunden lang der schimmigen Korruption beschuldigt. Um die Sitzung nicht ergebnislos verlaufen zu lassen, haben die Kommunisten zwei Anträge gestellt, erstens, daß ein Kontrollausschuß, gebildet aus vier Betriebsräten der städtischen Betriebe einem Beamten und einem Angestelltenvertreter volle Einsicht in alle Bücher und Akten der städtischen Betriebe bekommen sollen. Der zweite Antrag verlangte, daß die im vergangenen Jahre wegen Korruption verurteilten etwa 400 Arbeiter und Arbeiterinnen von Köln sofort freigelassen werden, da ihre Not durch die in Köln herrschende Korruption verschuldet war. Die Anträge wurden aber selbst mit den Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Der Hafenarbeiterstreik in Amsterdam und Rotterdam ist nur an einigen Stellen abgebrochen. Die Mehrzahl der Arbeiter kämpft weiter.

Das Kr. gegeschäft über alles. Europäische Munitionsfabriken haben dem König Alt von Heddes 5 Taus. 2 Flugzeuge und große Mengen Munition verkauft.

# Verführer und Revolutionäre

Erzählung von M. Kautskobski  
Copyright by Robert C. McElroy Verlag, Berlin

31)

Ola lächelte wie gewohnt nach Tula. Mir aber hatte die Administration ihre Rundreise befohlen, bei der ich alle Gruppen und Kolonien zu besuchen hatte, die zu uns gehörten. Meiner Meinung nach gab es in Tula nur zwei Gruppen, herrschen wohl berechtigter Zweifel, dagegen erzählt man sich reize Menschen über meine revolutionäre Festigkeit. Ich gehörte damals zu den Verwirrten, die die Parteien in ihren Wünschen gegeneinander auszuhebeln versuchten. Man erzählt sich sogar, ich wäre Jüdischer, und Blaupapier selbst hätte mich mit einer Sendung in Rußland gebracht.

Ich nahm den Ola rechtlich ruhig an. Sie zitterte vor Freude, daß für sie nun das andere, das richtige Leben beginnen sollte. Und dies Gefühl nahm sie so vollständig in Anspruch, daß sie gar nicht wahrnahm, was dieser Abschied für mich bedeutete. Ich fürchtete mich und schämte mich dessen. Das war der Grund, daß ich etwas nach wurde; Ola sah darin den Gehorsam der Pflicht gegenüber und machte sich Vorwürfe, daß sie mit so großer persönlicher Freude an die Arbeit ging. Nur der treue Bolschewik durchschaute alles mit seinen klugen Augen: sie dachte, daß ich in zwei oder drei Monaten nach Tula zurückkommen sollte. Wir machten den Abschied so kurz wie möglich.

Wenn ich in diese Zeit zurückdenke, habe ich immer den Eindruck eines Traumes.

Weder früher noch später habe ich ja so viele glückliche Menschen gesehen.

Es waren damals in der Jugend so viel beliebende Gäste und Kräfte tätig, daß alles um uns herum aufzuwachen und zu blühen schien.

Aber schon sammelten sich schwere Wolken über unseren Köpfen, und die Knabköpfe gingen an über uns zu kreisen.

Man hat häufiger tiefen Nachdenken ein über Verwirrungen und Verhaftungen.

# XIII.

Später als ich es gekannt hatte, erst nach mehreren Monaten war ich in Tula. Ich suchte die mir bekannte Adresse auf. Als ich klingelte, öffnete mir ein junges Weib im Gewande einer russischen Kleinbürgerin die Tür. „Ola“, rief ich aus. Sie war voller und feier geworden, ihre Gesichtsbaut hatte sich geändert, ihre Augen zeigten eine schöne Ruhe an. Sie wurde rot vor Freude. Sie wohnte hier mit Wera zusammen, nebenan wohnte Chasanoff, der in Tula als Schlosser arbeitete. Der Abend kam, ich erkaunte, als ich hörte, wie sie mit dem Arbeiter verkehrte, die sich hier zu einem kleinen Kreis versammelten. Nicht nur ihr Akzent, sondern ihre Ruhe und Sicherheit und die Klarheit ihrer Ausführungen entzückten mich. Sie hatte es bemerkt und ihr Vortrag wurde noch klarer und reicher an tiefen Gedanken. Wir blieben schließlich allein; Wera war fortgegangen, Chasanoff arbeitete irgend etwas nebenan. Ich hatte immer ein schwaches Gefühl: plötzlich hörte ich unter dem Fenster schwere Tritte und einen Klang wie Sporenkünnen. Ich fühlte nach dem Revolver in meiner Tasche und rief: „Chasanoff, mach das Licht aus! Sie kommen!“

Am selben Augenblick löschte er das Licht und sagte: „Hörst du?“

Es wurde laut an die Tür geklopft, die von der Straße in Chasanoffs Zimmer führte. Aus unserem Zimmer gelangte man in die Küche. Chasanoff brummte irgend etwas, ich hob an unserer Tür den Kiesel war und flüsterte zu Ola: „Hörst du mich?“ Wir gingen in die Küche und sprangen zum Fenster hinaus in den dunkleren Hof. Wir hatten keine Zeit zu verlieren, ich legte über einen Zaun, wir befanden uns in einem Garten.

In den Fenstern unserer verlassenen Wohnung blühte ein Licht auf. Wir rannten fortwährend gegen Bäume, deren Zweige uns verletzten. Ich war bemüht, möglichst von dem Hause wegzukommen und zu flüchten mit und den Verfolgern eine möglichst große Anzahl von Gärten und Zäunen zu lassen. Endlich befanden wir uns an der Straße, an der die Kirche stand. Nach einigen Pedenken beschloßen wir uns hier unter die Kränze der Spaziergänger zu mischen. Ich sprang über den Zaun und gab Ola die Hand; hinter mir hörte ich einige Bemerkungen, was wir wohl in diesem Garten getan hätten; jetzt aber erregten wir in unserer einfachen Kleidung kein Aufsehen. Nach

einigen Schritten hörte ich jedoch die schnellen Schritte und das Schnaufen der Verfolgung. Ich wollte mich wehren und griff in die Tasche nach meinem Revolver. Da hörte ich Chasanoffs Stimme.

„Wisch! Von Moskau bin ich hinter dir her! Überall fassen sie uns.“

„Ich weiß es“, gab ich zurück.

„Und Bolschewik?“ fragte er.

Wir wußten nicht, wo sie zu finden war; auch mußten wir selber flüchten. Ins Hotel zu gehen wäre Wahnsinn.

Ola kannte die Gegend.

Wir mußten zu Marta, einer Wäscherin“, sagte sie.

Es war weit. Nach einer Stunde kamen wir schließlich an eine Kellerwohnung voller Dampf. Als sie Ola erblickte, freute sie sich:

„Wie geht's, Andrejewna?“

Ola erzählte, was passiert war. Marta wurde ernst: „Es ist schade um die Ossipowna.“ Hier war man außer Gefahr.

Wir saßen uns. Ola verschwand in einer Kammer. Als sie wieder eintrat, war sie nicht zu erkennen: barsch, gegürtet, mit einem Kopftuch sah sie wie ein Dienstmädchen vom Lande aus.

„Kommt“, sagte sie zu Marta.

„Wohin?“, fragte ich erstaunt.

Sie legte den Finger an die Lippen: „Und Bolschewik?“

Marta ergriff einen Korb mit Wäsche, Ola einen anderen.

„Ein mutiges Mädchen ist die Andrejewna!“, sagte Chasanoff.

Es vergingen zwei endlose Stunden. Zehnmal wollte ich aufspringen, zehnmal hielt Chasanoff mich zurück. Endlich kamen sie beide durchnäht zurück, es hatte angefangen zu regnen.

„Bolschewik haben sie auf der Straße gefaßt“, sagte Ola. „Chasanoff hat geschossen, sie haben ihn gebunden und geschlagen.“

Ein Schrei drang mir aus der Kehle. Ich konnte es nicht ertragen, daß diese schmutzigen Hände sich gegen die Köpfe dieser Halben und Heiligen erhoben.

„Wo ist Bolschewik?“, fragte Chasanoff.

Auf der Bezirkswache; Chasanoff hat man aufs Rathaus gebracht.“

Wir schauten uns an, Chasanoff und ich. Jetzt kamen wir an die Reihe

(Fortsetzung folgt.)



# Gewerkschaft

## Englische Gewerkschaftler für russische Revolution. Die englische Gewerkschaftsdelegation auf dem 6. Kongress der allrussischen Gewerkschaften.

(Telegramm der Inprebörse.)

Moskau, den 12. November. Der 6. Kongress der allrussischen Gewerkschaften wurde im Gewerkschaftshaus Moskau feierlich in Gegenwart von 853 Delegierten, die 6 1/2 Millionen Arbeiter vertreten, eröffnet. Gen. Tomski begrüßte in seiner Eröffnungsrede die Delegation der englischen Gewerkschaften. (Stürmischer Beifall, Gesang der Internationale). Tomski betont, daß zwischen den roten Gewerkschaften und Amsterdam große Gegensätze bestehen, jedoch erforderten die Interessen der Arbeiterklasse die Einheitsfront in der Gewerkschaftsbewegung, wozu die Arbeiter der wichtigsten Länder drängen, wie dies die Anwesenheit der englischen Delegation beweist. Namens der Profintern begrüßt Gen. Tomski den Kongress, betont, daß die Verklärung des deutschen Proletariats nur durch die Einheitsbewegung und nur durch den russischen Proletariat vorangezeichnet werden kann. Im Namen der Sowjetregierung begrüßt Kassin den Kongress und betont, die zahlenmäßige Erstarkung und die Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiterklasse Sowjetrusslands. Stürmisch begrüßt nach Sinowjew namens der Zentrale der RKP. das Wort und erklärt, daß Sowjetrussland dieses Jahr ohne Wirtschaftskrisis durchlebt habe. Die Industrie erreichte 30 Prozent der Ertragsprodukte. Zur Weltlage übergehend, betonte Gen. Sinowjew: Wir durchleben gegenwärtig eine neue Phase bürgerlicher Reaktion. Faschismus-England, Coolidge-Amerika bedeuten den Anfang schwarzer Reaktion, deren Angriff die Arbeiterklasse abwehren muß. Die neue reaktionäre Welle verpflichtet jeden ehrlichen Kämpfer, für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung einzutreten. Unser Kampftrifflautet: Arbeiter, Schultert an Schulter gegen die Weltreaktion!

Der Sekretär der G. O. U. Sublitzky, betont, die Einheitsgewerkschaftsbewegung muß auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes gegen das Kapital stehen. Die revolutionären Arbeiter werden in der vereinigten Gewerkschaftsinternationale ihre eigenen Prinzipien und eigene Praxis bewahren. Die Einheitsfront ist die Einheitsfront des Klassenkampfes.

Nach Ansprachen der Betriebsdelegationen erklärte namens der englischen Gewerkschaften, stürmisch begrüßt, Purcell, daß in der Sowjetunion seit 1920, wo er das letztemal dort gewesen sei, außerordentliche Verbesserungen in der Lage der Arbeiterchaft vor sich gegangen wären. Die großartigen Leistungen des russischen Proletariats würdigend, erklärte der englische Gewerkschaftsführer: Möge es uns gegeben werden, herartige Veränderungen in England zu erleben. Die englischen Arbeiter beweisen, daß der Blick der englischen Arbeiter nach Sowjetrussland gerichtet ist. Das englische Proletariat ist nach der Wahlüberlage MacDonalds fester zusammengeschnitten als vorher. Der Redner ist mit Sinowjew vollständig einverstanden, daß es höchste Zeit ist, die einheitsliche Gewerkschaftsbewegung im internationalen Maßstab herzustellen. Die Einheit müsse auf der Vereinigungskongress ohne unnötige Formulierungen, ohne irgendwelche Vorbedingungen geschaffen werden. Die Sowjetgewerkschaften dürfen nicht außer dem Rahmen der Gewerkschaftsinternationale bleiben. Der englische Delegierte Bromlich erklärt nach Schilderung der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung Englands: Wir erstreben dasselbe Ziel wie die russischen Gewerkschaften, nämlich, die Verfügung über die Produktionsmittel.

### An die Führer der Freiburger Arbeiterbewegung.

Unter dieser Überschrift brachte die „Bergwacht“ einen Artikel gegen uns. Wir möchten den Spieß umdrehen. Als in einer Kartellung im April zur Maier Stellung genommen wurde, wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, daß soweit wie möglich am 1. Mai die Arbeit laßen soll. Die Großbetriebe gingen in der Mehrzahl nicht an die Arbeit, bis auf einige Christlich- und Sächs.

In der Stimmeret ging das nicht so einfach, denn, wer frei haben wollte, mußte sich beim Direktor Neumann Urlaub holen. Und was geschah nun? Der gesamte Vorstand des Zentralarbeiterverbandes holte sich nicht den Urlaub, um am 1. Mai zu feiern, sondern nur die Genossen der RPD, darunter sogar eine Witwe mit drei Kindern, waren nicht zur Arbeit erschienen. Fragt die Karleibdelegation: ob das stimmt? Schuld sollen nicht wieder die Kommunisten haben. Dies zur Richtigkeit.

Die famose „Bergwacht“ bringt dann ihren Analyseartikel: „Wählt SPD.“. Jamochl, ihr Zentralarbeiter in der Stimmeret, merkt es auch. Wenn ihr weniger Lohn und längere Arbeitszeit haben wollt, dann wählt SPD! Ein andermal über die Frage des Arbeitersekretärs Leisner, denn, wer den Fiskus glaubt, daß der Vorstand kein Geld für denselben hätte, der ist sicherlich aus Oberösterreich und bei einem katholischen Lehrer??? in die Schule gegangen.

### Rosa Luxemburg im Gefängnis.

Die Gattin des derzeitigen belgischen Justizministers... wurde während des Krieges im Jahre 1915 drohbergehend in das Berliner Gefängnis Barakstr. gesteckt, in dem Rosa Luxemburg zu jener Zeit ihre Strafe aus dem Frankfurter Prozeß abbüßte. Mme... wollte sich ihrer Mitgefangenen gern bemerkbar machen und pflegte, sobald sich ihr die Gelegenheit dazu bot, unter dem Zellenfenster Rosa Luxemburgs die „Internationale“, in die Rosa nach wenigen Versen einstimmt.

Kurze Zeit nach dieser musikalischen Verständigung wurden die beiden Inhaftierten auf dem Gefängnishof spazieren geführt und es gelang ihnen, die diensttuende Beamtin soweit zu gewinnen, daß sie sich trotz strengen Verbotes miteinander unterhalten konnten. Die Spaziergänge auf dem Gefängnishof wiederholten sich und damit auch die Unterhaltungen, sehr zum Entzücken von Mme... die alles daran setzte, um zu dieser ihr so angenehmen Abwechslung in dem preussischen Kerker zu kommen.

Als Mme. in kurzer Zeit wieder in Belgien war, erzählte sie ihren dortigen Freunden von ihrem Kerkererlebnis. Ein belgischer Redakteur fand Gefallen daran und teilte seinen Lesern das interessante Erlebnis mit. So kam der Vorfall auch in die deutsche Presse, und eine hohe preussische Obrigkeit fandte eine Zeitung des strafwürdigen Inhalts an die Oberin des Gefängnisses nach der Barnimstr.

„O, so eine Unverschämtheit! Nein, wie die Zeitungen lügen“, rief die Frau Oberin aus, „und wie dumm diese Lügen sind, Mme... sprach kein Wort deutsch, ich selbst konnte mich mit ihr absolut nicht verständigen, es ist ja völlig ausgeschlossen, daß sie sich in meinem Gefängnis unterhalten kann.“

In ihrer heiligen Einsicht vermochte sich die Frau Oberin nicht vorzustellen, daß Rosa Luxemburg ebenso gut ranzö-

# An alle kommunistischen Wähler!

## An alle Ortswahlkomitees der Kommunisten! Genossinnen und Genossen!

Mit rücksichtsloser Brutalität geht die demokratische, von den Sozialdemokraten und Kapitalisten unterstützte Regierung gegen die Kommunisten vor. Sie verhaftete Hunderte von kommunistischen Funktionären, macht nicht Halt vor der Immunität der Parlamentsmitglieder, verhaftet und verfolgt unsere Abgeordneten. Damit wird bewiesen, daß diese Reichstagsauflösung und Wahl keinen anderen Zweck hat, als die Kommunisten zu Staatsbürgern zweiter Ordnung zu machen, sie außerhalb der Geseze zu stellen.

Der Dawesplan, dem die Parteien, von der SPD bis zu den Deutschnationalen zugestimmt haben, muß unter allen Umständen von der Regierung dieser Parteien durchgeführt werden. Die Kommunisten sind die einzigen, die gegen die Verklärung des schaffenden Volkes kämpfen. Darum sind sie nicht nur den deutschen Kapitalisten gefährlich, sondern vor allem auch den kapitalistischen Räubern der Entente. Die deutschen Ausbeuter haben sich der Entente als Frontröhre verschrieben und sind gezwungen bei Strafe ihres Unternehmens den Plan der internationalen Räuber durchzuführen.

Darum sehen sie den Regierungsapparat gegen die einzige proletarische Partei in Bewegung, die es wagt, gegen die Verklärung des Proletariats anzukämpfen. Sie fertigt deshalb 8000 der besten Kommunisten ein! Sie verfolgt darum unsere Abgeordneten und verbletet die kommunistische Presse.

Noch hat sich der Dawesplan nicht in seiner ganzen Schärfe ausgewirkt und schon zeigen sich die ersten furchtbaren Folgen für das Proletariat in dem gewaltigen Anziehen der Preise, in Betriebsstilllegungen und verschärften Ausbeutungsmaßnahmen der Unternehmer, in Beamtenabbau, Herabsetzung der Löhne, Verlängerung der Arbeitszeit und Herabdrückung der Lebenshaltung.

Die Kapitalisten, die bisher die Böllschen für eine Gegenpolitik gegen das revolutionäre Proletariat finanziert und unterstützt haben, haben erlirnt, daß ihnen die schwarzrot-goldenen Faschisten bessere Dienste zur Unterdrückung der heillosen Klasse leisten, als die schwarz-weiß-roten. Sie unterstützen darum die letzteren mit ungeheuren Geldmitteln, sie finanzieren ihre Wahlpropaganda und die moderne Faschistenorganisation das Reichsbanner „Schwarz-rot-gold“. Dieser ganzen Welt von Feinden stehen die Kommunisten allein gegenüber! Die einzigen Vertreter des Proletariats gegenüber den kapitalistischen Parteien und ihren Vokalen, den Sozialdemokraten.

Genossinnen und Genossen! Die Demokratie tritt in diesem Wahlkampf ganz offen als die bessere Methode zur Unterdrückung des Proletariats auf. Die sogenannte Demokratie will das revolutionäre Proletariat in seinem Wahlkampf zum Schweigen bringen. Unter dem Deckmantel der Demokratie werden die gleichen Mittel gegen das Proletariat und seinen Wahlkampf angewandt, wie in Italien.

### Die „Waffenkunde bei Kommunisten“ zukaufelommen.

Auf dem Parteitag in Wien erschien am Montag vormittag eine Frau Hauke, die unter der Angabe, bei ihr stünde eine Hausaufgabe bevor, Muntion abliefern wollte. Das Sekretariat leitete natürlich die Annahme ab und sorgte für eine unauffällige Beobachtung der Frau. Und siehe da, die Frau ging direkt zum Revolverlosch und kam nach etwa zehn Minuten ohne Patronen wieder heraus. Als sie von dem sie beobachtenden Genossen zur Rede gestellt wurde, wurde sie sehr verlegen und verteilte jede weitere Auskunft.

So arbeitet die Polizei des sozialdemokratischen sächsischen Innenministeriums.

### Schupo-Protestversammlung.

300 Berliner Polizeibeamte hielten eine Versammlung ab, in der sie gegen die elende Lage, die Not und schlechte Bedingung der unteren Bedienungsguppen Protest erhoben. Die Beamten läßen bis über die Ohren in Schulden. Sie verlangten Hilfe, appellierten an die Regierung und Parlamente, Mittel zur Bänderung der elenden Lage bereitzustellen.

Als Rosa Luxemburg im Jahre 1916/17 im Festungsgefängnis zu Wronke interniert war, verursachte sie dem dortigen Gefängnisdirektor heftiges Kopfschmerzen. Schriften wurden von ihr aus dem Gefängnis geschmuggelt, das war ganz klar. Flugblätter und Artikel, die deutlich ihre Herkunft verrieten, setzten die Behörden in Aufrregung, und unser guter Direktor, der außergerichtlich ehrgelzig war, wollte schier verzweifeln, daß so etwas in seinem Gefängnis möglich war. Die Sache kostete ihm schlaflose Nächte.

Täglich besuchte er seine Gefangene, die ihm außerordentlich sympathisch war, deren geistreiche und fluge Unterhaltung er liebte. Gar bald merkte Rosa Luxemburg, daß er sie nicht nur aus reiner Freude an der Unterhaltung aufsuchte. Der Aufregungen und Ängste hatte sie ob dieser Feststellung ge. u. g. Entdeckte der eifrige Herr etwas, fiel eine Schmuggelschrift in seine Hände, so drohte nicht nur Rosa Luxemburg Zuchthausstrafe, ihr sich hatte sie keine Angst — auch die Freunde mußten ins Zuchthaus wandern und dieser Gedanke schien ihr unerträglich. Und dennoch, das heiße Bemühen des Herrn Direktors machte ihr Vergnügen.

Eines Tages hatte eine besonders eifrige Untergebene des Direktors etwas zu entdecken vermerkt. Sie stürzte mit mehr Eifer als Talent in das Hotelzimmer einer Freundin Rosas, die zu Besuch in Wronka war und die vermeintliche Schmuggel ausgeführt haben sollte; doch konnte nur die Unschuld der Verdächtigten festgestellt werden.

Die nächste Besucherin nach diesem Vorfall wurde besonders scharf beobachtet. Während des Besuches stand ein breiter Tisch zwischen ihr und der Gefangenen. Die Unterhaltung stockte und der sonst recht gutmütige und wohlwollende Direktor erlaubte schließlich ein näheres Zusammenrücken. Ein Weichen beobachtete er, ohne sich in die Unterhaltung zu mischen, dann sagte er beraweisungsvoll: „Schmuggeln tun Sie, das steht fest, bitte sagen Sie mir, wie machen Sie das nur.“

Bulgarien, Polen und Finnland, wo man die Kandidaten der Kommunisten verhaftete, ihre Wahlkomitees auflöste und ähnliche Scherereien verbrachte.

In diesem Ring der Unterdrückung sind die deutschen Kapitalisten mit ihren Vokalen, den Sozialdemokraten in diesen Wahlkampf eingetreten. Diese vereinigte Front der Klassenbdgte wird über die revolutionäre Bewegung in den nächsten Wochen ihren Schmutztafel schütten.

Millionen und aber Millionen Mark werden von den aus dem Blute der Proletarier ausgepreßten Groschen von Gassen Blutsaugern für den Wahlkampf ausgegeben.

Das Proletariat wird nicht in der Lage sein, mit den gleichen Geldmitteln, mit der ungeheuren Zahl von Rednern, Flugblättern und Propagandamaterial in den Konkurrenzkampf zu treten. Die Tatsache beweist so recht, daß das Proletariat niemals auf dem Wege des Parlaments den Sieg über die Ausbeuter davontragen wird.

Wollen wir nun beweisen, daß das Proletariat über gewillt ist, dieser vereinigten Unterdrückungsgesellschaft entgegenzutreten, so ist es notwendig, alle Kräfte anzuspannen und vor allem die Geldmittel aufzubringen, die uns in den Stand setzen, unter dem Proletariat während der Wahl für die Ziele der Kommunisten Propaganda zu machen, die Massen der Ausbeuteten zu sammeln um die Fahne des Proletariats.

Darum richten wir an alle Freunde unserer Sache die Aufforderung, mit aller Kraft Geldmittel für unsere Arbeit zu beschaffen. Der Ertrag der Sammlung ist an die Adresse des Genossen

Karl Gräf, Breslau, Trebniger Straße 50

zu senden. Auch wird es nicht möglich sein, weil unsere besten Redner von der Polizei verfolgt und gehetzt sind, in öffentlichen Versammlungen wie im vergangenen Wahlkampf mit ersten Rednern aufzuwarten, darum müssen unsere Genossen selbst den Sozialdemokraten, ferner den anderen Feinden der Arbeiterklasse in den Versammlungen entgegenreten. Sie werden als einfache Arbeiter ebenso gut dieser Gesellschaft die Larve vom Gesicht reißen können, wie vielleicht manch anderer guter Redner unserer Sache.

Damit wir auch in der Lage sind, den Gegner mit seinen eigenen Waffen zu schlagen, fordern wir unsere Anhänger auf, alle Flugblätter des Gegners an uns einzuliefern.

Reihen wir alle Kräfte zusammen, bereiten wir die Wahl vor, daß das Ergebnis derselben wird eine Demonstration gegen den Räuberplan der deutschen und Entente kapitalisten, gegen den Zuchthausstaat, für die Befreiung der politischen Gefangenen, für die Wiedereroberung des Achtstundentages, für die sofortige 40stündige Lohnherabsetzung.

### Briefwechsel mit der SPD. ist Sachverrat.

Das Reichsgericht zu Leipzig beurteilte unseren Genossen Ernst Kassel aus Koitbus wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu zwei Jahren Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe, weil er die Abwehr gegen die Faschisten im November vorigen Jahres organisiert hatte. Als besonders belastend wurde der „lebhafter Briefwechsel mit der Zentrale“ angesehen.

### Beschlagnahme der „Hamburger Volkszeitung“.

Die „Hamburger Volkszeitung“ ist erneut von der Polizei beschlagnahmt worden. Angeblich enthält die Revolutionsnummer vom 7. November die Aufforderung zum Hochverrat.

Die Aufnahme Rabitsch's und seiner Anhänger in das serbische Parlament wurde vom König abgelehnt, weil Rabitsch mit den Bolschewisten in Verbindung stehe. Wir sehen, die Demokratie hört selbst bei den Kleinbauern auf (Rabitsch ist Vertreter der serbischen Kleinbauern) wenn sie auch nur kommunistisch angehaucht sind.

300 tote und eine große Anzahl Verwundeter hat das Erdbeben auf Java gefordert.

wir ihnen wirklich verraten“, antwortete schallhaft Rosa Luxemburg.

### Aus der Gruppe.

(Aus dem Briefe eines Breslauer politischen Gefangenen.)

Es ist ein langwieriges Einzelkammerleben hier, alle Stunden, Tage, Wochen und Monate immer die gleiche Bewegung. Nur das Klingeln zum Empfang der Lebensmittel, des frischen Wassers, des Kübels und schließlich, daß es Zeit zum Schlafengehen ist, zeigt an, daß Leben in diesem Hause herrscht, und — ach, eine heilige Ordnung... Mein Wachtmeister schüttelt manchmal den Kopf, wenn er in meine Zelle tritt. „Sm, hm, diese Unordnung, das Zeit voller Zeitungen, auf dem umgestürzten Simer steht die Gschüssel, die gehört doch in das Spindloch! Na, und da liegen ja Messer und Messel ganz verkehrt darin. Der Stiel, nach vorn, O... dort auf dem Plakat steht doch alles genau bezeichnet. Hier die Bürsten, immer die Borsten nach oben — ach, und dort in der Ecke hat er gar einen Altwarenladen aufgemacht —. Nein, nein, diese Unordnung, gar nicht wie es nach den Vorschriften sein soll.“

Aber es ist nicht bds gemeint. So habe ich eben meine eigene Ordnung. Manchmal schaue ich mir die Tabelle an und freue mich über das Sprüchlein, das ein anderer Gefangener darunter geschrieben hat. Es lautet: Ihr lieben Leute laßt auch sagen, es möge keiner von euch wagen, den Messel etwa gar verkehrt in seinen Spind zu stecken, er müßte sonst in dem Arrest bei Wasser an dem trockenen Brode ledern.



# Landbund wackelt — die Bauern erwachen.

Vor wenigen Tagen veröffentlichte der „Vorwärts“ einige charakteristische Absätze aus einem Rundschreiben des pommerischen Landbundes, Kreisgruppe Greifswald, an sämtliche Buchstellen-Teilnehmer. Aus diesem Rundschreiben geht hervor, daß ein Teil der Landbundmitglieder am 3. Oktober noch nicht erlaubt die bis zum 30. Juni des Jahres fällige gewöhnlichen Buchstellenbeiträge bezahlt hat. Die Buchstellenkommission des Landbundes forderte diese Mitglieder auf, ihren Beitrag nebst Unkosten sofort und spätestens bis zum 18. Oktober 1924 zu bezahlen. Sie schreibt den Mitgliedern: „Sollte das Geld bis zu diesem Zeitpunkt nicht eingegangen sein, so müssen wir zu unserem lebhaften Bedauern zu äußersten Mitteln greifen und unter allen Umständen die Beiträge usw. auf dem Zwangswege durch unseren Rechtsanwalt einlagern.“

Da ist schon allerhand! Der Landbund geht gegen seine eigenen Mitglieder mit Zwangsvollstreckung vor. Die Vorbeeren der Finanzämter, die den kleinen Bauern ansprechen, lassen wohl den Dr. Spiller vom Pommerschen Landbund nicht schlafen.

Auch aus Hessen werden uns ähnliche Vorgänge im Landbunde (Heffischer Bauernbund) berichtet. Während noch auf dem vorjährigen Jungbauerntag etwa 3000 Jungbauern aufmarschierten, waren es diesmal einige Duzend. In Hessen gibt es fast durchweg Klein- und Mittelbauern. Man hat sie durch eine gewissenlose Demagogie für den Landbund gefädelt. Heute herrscht durchweg Enttäuschung und Erbitterung gegen den Landbund. Nichts tut er gegen die Pfändungen, die auch auf dem Oberrhein und auf dem Vogelsberg an der Tagesordnung sind. Die Abgaben für den Heffischen Bauernbund, die Landwirtschaftskammer und die Berufsgenossenschaft betragen nach Angabe der Bauern mehr als die ganzen Steuern zusammen. Vorteile haben sie keine vom Heffischen Bauernbund. Hat er es doch fertiggebracht, gegen die Schaffung von Kleinbauernkommissionen zur Feststellung der Ernteschäden und zur Verteilung der Kredite und Versicherungen zu stimmen.

Auf einer Konferenz, die auf Einladung des Vorsitzenden des Bundes schaffender Landwirte, des Rhönbauernführers Ernst Puch vom Sinnthalhof in Oberbeersbach im Oberrhein am 2. November stattfand, kam die Stimmung der heffischen Kleinbauern gegen den Heffischen Bauernbund recht dräulich zum Ausdruck. Vor allem waren sie darüber erbost, daß der Heffische Bauernbund sie als Stimmrecht für die reaktionären friedensfeindlichen Parteien benutzen wolle. „Wir haben den Schwindel satt, da soll doch der Donnerkeil dazwischen fahren“, rief ein Bauer aus. Die Obbauern beklagen sich darüber, daß sie die schönsten Äpfel auf dem Markt nicht losbringen, während Berge von Bananen, Ananassen, Ananas, sandbüchiger Äpfel feilgeboten werden. Sie hörten mit Staunen, daß der russische Arbeiter- und Bauernrat solchen unnützen Luxus von seinen Märkten fernhält. Die in Oberbeersbach versammelten heffischen Bauern hielten sich einmütig auf den Boden der in Kaltenjungen von den Rhönbauern aufgestellten acht Forderungen, die sie dahin ergänzten, daß die gesamte Umfassung für den häuerlichen Betrieb zu erlassen sei, und daß zur Entlastung der schaffenden Landwirte von hohen Versicherungsprämien aller Art eine einzige staatliche Versicherung für alle Klein- und Mittelbauern einzuführen sei. Die dazu benötigten Mittel seien durch besondere Umlage auf den Großbesitz aufzubringen.

Diese Oberrheiner Bauern sind heute noch alle Mitglied des Heffischen Bauernbundes, aber sie haben eine scharfe Kampffeststellung gegen den Großgrundbesitz bezogen und erklärt, daß man sie nur künftighin 1919 von der Arbeiterschaft getrennt habe. Ein Komitee von elf Bauern rief durch besondere Flugblätter die Ortsgruppen des Heffischen Bauernbundes auf, sofort in öffentlichen Bauernversammlungen zu den Forderungen der Rhönbauern Stellung zu nehmen, evtl. weitere Forderungen zu erheben. An die Geschäftsleitung des Heffischen Bauernbundes wird die Forderung gestellt, sich an die Spitze dieser Forderungen zu stellen und zu großen allgemeinen Bauernversammlungen für diese Forderungen auszurufen! Gleichzeitig wird die Anfrage an die Geschäftsleitung des Heffischen Bauernbundes gerichtet, aus welchen Gründen die Abgeordneten des Bauernbundes dem Antrag Greiner-Koch über Bildung von Bauernkommissionen im Landtag nicht zustimmen. Das Flugblatt stellt die Frage: „Was bedeuten die Geschäftsleiter des Heffischen Bauernbundes zu tun, um sofort in allen Ortsgemeinden die Durchführungs des Landtagsbeschlusses, die Bildung und Organisation dieser Bauernkommissionen durchzuführen und so der heffischen Bauernschaft ein wirksames Kontrollmittel in die Hand zu geben?“

Die Führer des Heffischen Bauernbundes, die durch diese gerühmte reaktionäre Absichten, werden nun nicht mehr umhin können, offen ihr Gesicht zu zeigen. Es gibt kein Zurückspielen mehr, zu scharf haben sich die Interessen der schaffenden Bauern und die des Großgrundbesitzes gegenüber. Auch die Oberrheiner Bauern werden erfahren, daß ihr Platz nicht mehr im Heffischen Bauernbund ist, oder aber, daß sie die Großbauern und ihre Abolaten finanziert müssen.

## Die Kommandeure des Reichsbanners.

- Die „Junge Garde“ heißt jetzt:
- Der Bundesvorstand des Reichsbanners setzt sich zusammen aus:
- 23 Reichs- und Landeskommissaren in und außer Dienst,
  - 17 Reichs- und Landtagsabgeordnete und Parteimitgliedern,
  - 3 Reichs- und Landtagspräsidenten,
  - 2 Postkassen- und Gesundheits-
  - 3 Generälen und einem Kapitan zur See,
  - 13 hohen Regierungsbeamten (Oberpräsidenten, Landes-
  - hauptmännern),
  - 7 Oberbauern, 1 Arzt, 1 Lehrer.

Ganze Krisengruppen der schaffenden Verbände (Ehrhardt- und Koppbauern) sind zu diesem Reichsbanner übergetreten. Wird es den etwa im Reichsbanner vertrieben Parteilisten ermöglichen, daß sie einer Schutzgarde für den Geldsack und einer Organisation zur Niederschlagung der Klassenbewegung Arbeiter angehören?

Die Zusammenfassung der Führung besagt genug!

**Ankleben**

# Am 7. Dezember jede Stimme den Kommunisten!

## Die Reichsliste und die Landesliste der SPD.

### Reichsliste.

1. Max Götz, Breslau (zurzeit in Haft);
2. Ernst Thälmann, Transportarbeiter, Hamburg;
3. Ruth Fischer, Schriftstellerin, Berlin;
4. Clara Zetkin, Schriftstellerin, Degerloch b. Stuttgart;
5. Dr. Arthur Rosenberg, Privatdozent, Berlin;
6. Iwan Kaly, Kommunalbeamter, Hannover;
7. Dr. Ernst Schwarz, Studienrat, Berlin;
8. Hugo Urbahns, Lehrer, Hamburg (zurzeit in Haft);
9. Fritz Gedeert, Parteisekretär, Berlin (zurzeit in Haft);
10. Martha Ahrendt, Buchhalterin, Berlin;
11. Walter Stöcker, Parteisekretär, Berlin;
12. Ernst Ruh, Landwirt, Sinnthalhof b. Bad Brückenau;
13. Hans Dohla, Parteisekretär, Stuttgart (zurzeit in Haft);
14. Ernst Torgler, Angestellter, Berlin;
15. August Grcutzborg, Maler, Hamburg;
16. Hans Pfeifer, Werkzeugmacher, Berlin (zurzeit in Haft);
17. Karl Bierroth, Buchdrucker, Berlin;
18. W. Kreidemeyer, Tischler, Magdeburg (zurzeit in Haft);
19. Paul Schlicht, Metallarbeiter, Berlin;
20. Wilhelm Hoffmann, Oberpostsekretär, Schmargendorf;
21. Adam Ebner, Bahnbeamter, Neu-Uferburg;
22. Jean Winterich, Parteisekretär, Köln;
23. Arthur Nagel, Arbeiter, Leipzig;
24. Tiedt, Vorsitzender des B.D., Berlin;

25. Max Glend, Oppeln;
26. Martin Schneider, Dresden;
27. Kläre Casper, Metallarbeiterin, Berlin;
28. Max Benkwith, Bergarbeiter, Zeitz (zurzeit in Haft);
29. Jakob Ritter, Mannheim;
30. Peter Knab, Lehrer, Köln;
31. Wendelin Thomas, Seemann, Hamburg;
32. Georg Zinja, Kleinwitz;
33. Joachim, Borna.

### Landesliste zum Preussischen Landtag.

1. Hugo Eberlein, Zeichner, Berlin;
2. Arthur Gohle, Dreher, Berlin;
3. Richard Schmitter, Redakteur, Halle;
4. Guido Heym, Geschäftsführer, Zeitz;
5. Karl Schulz, Schriftsteller, Neustadt;
6. Franz Dahlem, Parteisekretär, Berlin;
7. Bruno Thomas, Landarbeiter, Magdeburg (zurzeit in Haft);
8. Dr. Fritz Kusländer, Studienrat, Berlin;
9. Frieda Rosenthal, Arbeiterin, Berlin;
10. Graf, Kriegsbeschädigter, Berlin;
11. Georg Stoll, Berlin;
12. Hans Schröder, Bergarbeiter, Zeitz (zurzeit in Haft);
13. Otto Franke, Niederlehme (zurzeit in Haft);
14. Alfred Delpner, Parteisekretär, Halle (i. St. in Haft);
15. Fritz Charpentier, Kaufmann, Eberfeld;
16. Alois Beime, Neustadt i. Oberschles.;
17. Paul Grobis, Buchdrucker, Hannover;
18. Goh, Studienleiter, Berlin.

## Programm der SPD. für den neuen Reichstag.

1. Die Klassen werden abgeschafft. Dadurch wird sich der Klassenkampf von selbst überflüssig machen. Die SPD. hat für die Abtötung über diese Frage schon zwei Parteien gewonnen: die Demokraten und das Zentrum. Als Beweis für die starke Bindung dieser beiden Parteien an die internationale völkerbestehende Sozialdemokratie kann die überparteiliche Klassenlose Organisation „Reichsbanner“ dienen, die lediglich durch Zusammenhänge sozial gerecht denkender, bemittelter Herren aus diesen beiden Parteien finanziert wird. So stark ist die Ueberzeugungskraft der sozialistischen Grundzüge, daß sogar bürgerliche Parteien sie übernehmen. Der Sozialismus marschiert!

Aber auch alle anderen Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, haben sich für diesen unseren Standpunkt öffentlich und einseitig erklärt: sie sind alle gegen Klassenkampf und werden ohne Zweifel unseren Antrag auf Abschaffung der Klassen unterstützen, so daß eine riesige Mehrheit von vornherein gesichert ist und die Klassen mit ihrer Verbotskraft allein bleiben dürften.

2. Die soziale Gerechtigkeit wird eingeführt. Durch unseren Antrag 1 werden alle möglichen Probleme gelöst. Die eberne Legit hat alle Parteien, natürlich mit Ausnahme der Kommunisten, die aber kein ernster Mensch bei solchen Fragen mitrednen, gezwungen, auch unseren zweiten Programmpunkt anzunehmen, noch bevor wir ihn aufgestellt haben.

3. Alle Lohnkämpfe werden abgeschafft. Das ergibt sich aus 1. und 2. Denn wenn die Klassen abgeschafft sind und soziale Gerechtigkeit eingeführt ist, so wäre es einfach verbrecherisch, vom Unternehmer über ja keiner Klasse mehr angehört, mehr Lohn zu fordern als er geben kann. Auch hier stimmen alle Parteien zu, mit Ausnahme der Kommunisten, denen keine Veranlassung beizubringen ist.

4. Alle Feinde gegen „Klassenkampf“, „Klassenkampf“ usw. hört auf. Das ist nur eine Konvention; aus 1. und 2. Alle Parteien sind sich auch hierin einig, mit Ausnahme der kommunistischen Quertreiber.

5. Jeder bürgerlich staatsbürgerliche und staatsverhaltende Gefinnung. Das besagt, daß sich alle Parteien zu einem festen Schluß gegen die kommunistischen Quertreiber und ihren verbrecherischen Anhang zusammennehmen. Die kommunistische Partei wird verboten, die von allen Klasseinflüssen befreite Reichswehr und Polizei gegen sie eingesetzt und einige Ertragsanträge für sie gebaut. Denn wozu sie verrotten. Dann hat der Staat Ruhe.

6. Alle Parteien vereinigen sich zur Deutschen National-Sozialistischen-Revolutionären-Sozial-Partei. Die bloße Konjunktur von 1. bis 3. Gemeinliche Grundzüge, Ziele und Handlungen verabsichtigen auch zu gemeinsamer Organisation.

Der dieses Programm will, der wähle SPD.

## Ein Kaiserjubiläum Anno 1924.

Der Sozialdemokrat Wolfgang Heine, erfolgreicher Zeiger beim Staatsgerichtshof im Prozeß gegen Heinrich Heine, den revolutionären Dichter aus dem Vormärz, und gegen den Redakteur der „Köten Fabrik“ vom Jahre 1924. — dieser Wolfgang Heine, Eberts Adversar, der in kapitalistischen Blättern nicht mehr wird, die „höchsten Verdienste des Herrn Reichspräsidenten um das Vaterland“ herauszufahren, dieser Wolfgang Heine schreibt im „Berliner Tageblatt“ einen schamlosen, hohnstrotzigen Artikel, in dem er sich selbst als „Wilhelminischen Kaiserjubiläum“ nach im Jahre 1924 darstellt. Die Abschachtung von Proleten in der Höhe der imperialistischen Raubkriege nennt er unentgeltlich (zur selben Zeit da die übrigen Hilferinge mit der weißen Friedensfahne herumjucheten) den „höchsten Dienst für die Sicherheit des Vaterlandes“. Heber jenen

### Berliner Arbeiterpartei.

in dem zum ersten Mal mit gewaltiger Schärfe der Haß des unglücklich geschlagenen Proletariats gegen den Krieg der kapitalistischen Barbaren ansetzt, schreibt dieser wilhelminische Sozialdemokrat Heine:

„Der Januarstreik von 1918 war, soweit er geistlich angeht, ein Verbrechen; soweit er aus den Leiden und der Erbitterung der Arbeiter hervorging, eine Tugend.“

Die Arbeiter, die damals im Januarstreik sich erhoben haben, mögen selbst die Antwort geben, wozu sich

dieser Hundsfott-Sozialdemokrat von dem Hundsfott-General Gröner unterscheidet. Dieser wilhelminische Militarist Heine ist unverschämter genug, den Deutschnationalen gegenüber sich in die Brust zu werfen, erneut

### die Sache der Landesverteidigung

zur sozialdemokratischen Angelegenheit zu machen und dabei mit dem Haß, wie ihn ein Lubenborff oder sonst ein wilhelminischer General gegen Spartakus hegen kann, noch nachträglich über jeden herzufallen, der einen Sozialpatrioten eben als Sozialpatrioten kennzeichnet. Ja, wenn es nach dem Wolfgang Heine ginge, so hätten wir noch heute die Hölle der Schützengräben, des Gaskrieges und des Trommelfeuers. Das einzige, was dieser General ohne Umschweife bebauert ist dies, daß den wilhelminischen Befehlshabern das politische Verständnis gefehlt habe, daß Leute wie den Heine auszeichnet; denn nur die „politische Verständnislosigkeit“ der damaligen Machthaber habe den Krieg zusammenbrechen lassen. Dies ist die Stellung eines Sozialdemokraten vom Eberlinischen Hofstaat. Es versteht sich, daß die Rolle dieser Heine, Ebert und Konjorten im Klassenkrieg dieselbe war, ist und sein wird, wie im imperialistischen Krieg. Der Wolfgang Heine vergißt nicht, die Entsendung Noskes durch Ebert nach Kiel zur Abwürgung der beginnenden Revolution mit in den Rubrumstranz des Ebert einzuflechten.

## Große Unterschlagungen im Reichsbund der Kriegsbeschädigten. SPD.-Führer Schönwaldt der Täter.

In Königsberg wurden im Reichsbund der Kriegsbeschädigten große Unterschlagungen entdeckt. Der Gauleiter des Reichsbundes, der bekannte sozialdemokratische Führer Schönwaldt, hat Gelder des Reichsbundes für sich verwendet. Außerdem hat er im Namen des Reichsbundes, ohne dessen Kenntnis zu setzen, große Geldsummen bei der Hauptfürsorge geliehen und nicht abgeliefert, sondern für seine eigene Person verbraucht.

Schönwaldt hatte folgende Funktionen inne:

1. Gauleiter, Gauvorsitzender und Ortsgruppenvorsitzender des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten usw.
2. Gauvorsitzendmitglied des Reichsbanners Schwarz-rot-gold.
3. Abteilungsleiter der sozialdemokratischen Partei in Königsberg.
4. Sozialdemokratischer Vertreter des Konsumvereins.
5. Mitarbeiter der sozialdemokratischen „Königsberger Volkzeitung“.
6. Beiratsmitglied der örtlichen Fürsorgestelle.
7. Hauptbeiratsmitglied bei der Hauptfürsorge.

Schon die Unterschlagung den anderen Führern des sozialdemokratischen Partei Ostpreußens seit längerer Zeit bekannt war, wurde Schönwaldt nicht aus der SPD. ausgeschlossen.

## Das Sehnachtslied der Koalitionshelden.

Ich weiß nicht, was soll es bedeuten,  
Daß ich so traurig bin;  
Die Felle, sie sollen doch gleiten,  
Das habe ich jetzt doch im Sinn.  
Die Luft scheint kühl und man munkelt,  
Daß alles wird herrlich sein.  
Der Sessel, der Posten schon funkt,  
Auf den ich stelle mich ein.

Als wahre Jungfrau sitze  
Dort oben wunderbar  
Wimperherlich und blühe  
Vor Geist ich dann, das ist klar.  
Den Schiffer im ledernen Schiffe  
Ergriff es vorher. Einen Dreh  
Herr Schiffer macht vor dem Riffe.  
Ob deshalb um's Herz mir so weh?

Ich glaube, die Schiffer sie riechen,  
Am Ende, was rauskommen kann.  
Und Sozis, ja Sozis dann fliegen  
Mit Kugeln Mann für Mann.

**Weitergeben**



# Aus der Provinz

## Der Landbund terrorisiert schlesische Kleinbauern. Der Herrgott von Frauenwaldbau.

In Schellen fühlen sich Großbauern und Junker noch vollkommener Herr im Hause. Wehe den Kleinbauern, wenn diese es wagen, gegen den Landbund zu opponieren oder gar wie in Frauenwaldbau und Umgebung sich an die kommunistische Landtagsfraktion um Hilfe in ihrer Not zu wenden.

Das offenbarte sich deutlich, als Genosse Kießler als Vertreter der kommunistischen Landtagsfraktion in Frauenwaldbau weilte und in einer öffentlichen Versammlung die Antwort der Kommunisten auf den Aufruf der Kleinbauern bekanntgeben wollte. Der Wirt in Frauenwaldbau war so eingeschüchtert, daß er sich weigerte, den versprochenen Saal zur Verfügung zu stellen.

Die Versammlungsbesucher gingen nun mit dem Genossen Kießler nach Nieder-Frauenwaldbau, wo sie endlich für den 5. November einen Saal erhielten. Natürlich konnte Genosse Kießler nach Nieder-Frauenwaldbau, wo sie endlich für die Versammlung abhalten. Etwa 40 Kleinbauern waren erschienen, unter ihnen aber auch der Ortsgewaltige mit drei Freunden.

Nachdem Genosse Graf etwa 1/2 Stunden gesprochen hatte, ging der Gemeindevorsteher mit seinen drei Getreuen hinaus, ließ sich Mut an, kehrte zurück und erklärte: „Wenn er gewußt hätte, daß es sich um eine kommunistische Versammlung handelt, so hätte er dafür gesorgt, daß der Referent nicht sprechen dürfte.“

„Ich als Gemeindevorsteher bestimme doch, wer in Frauenwaldbau reden darf.“

Genosse Graf nahm nun eine Abstimmung vor. Alle Anwesenden waren für Weiterreden, nur der Herr Gemeindevorsteher und seine drei Freunde nicht. Wutentbrannt liefen sie zum Wirt und veranlaßten ihn, die Versammlung zu verbieten, was er dann auch tat.

Die Kleinbauern sehen also an einem drastischen Beispiel, wie auf dem Lande vom Landbund und seinen Kreaturen Politik gemacht wird. Die Kleinbauern sollen dumm bleiben, die Berührung mit dem Kommunismus muß mit allen Mitteln verhindert werden. Das nennt sich dann „Demokratie“, „Freies Wahlrecht“, „Versammlungsfreiheit“.

Genau mit denselben Methoden verfuhrte in Frauastadt der Schlesiische Landbund gegen eine kleine Kleinbauernversammlung vorzugehen. Der Genosse Reichstagsabgeordneter Humann wollte dort sprechen. Unsere Genossen haben eine Anzeige in das Lokalblatt, die „Wosen-Schlesiische Grenzzeitung“ gegeben, um die Bauern einzuladen. Sofort ließ der Kreiswirtschaftsverband (Landbund) eine Erklärung los, in der er jedem, der es hören wollte, mitteilte, daß er mit dieser „kommunistischen“ Bauernversammlung nichts zu tun hätte. Was wir den Herren ohnehin schon glauben!

Die Versammlung war von etwa 20 Kleinbauern und 10 Arbeitern besucht, ein Beweis, daß auch in diesem weitausläufigen Winkel die Kleinbauern erwachen und sich nicht mehr vom Landbund nachführen lassen. — In Kaiserswaldau im Kreise Hirschberg, hat das Erwachen der Kleinbauern neuerlich sogar zur Sprengung einer Landbundsversammlung geführt. Einem Genossen, der in der Diskussion sprach, spendeten die anwesenden Kleinbauern demonstrativen Beifall. Nachher zankten sie sich so mit den Landbundsgrößen herum, daß die Versammlung auflöste. — Die kommunistische Partei wird jetzt erst recht auf's Land gehen und den von Steuern und Zinsen zu Boden gedrückten Kleinbauern beweisen, wer ihr wahrer Freund in der Not ist. Nur durch eigenen Kampf und im Bündnis mit dem revolutionären Industrieproletariat werden die schaffenden Bauern sich eine bessere Existenz erringen.

## Der Striegauer Blutsonntag

Veranlaßt das Reichsbanner und vor allem die Sozialdemokratie in Striegau und Umgebung Protestversammlungen zu veranstalten. Dabei müssen die Republikaner sehr merkwürdige Dinge der Deffentlichkeit mitteilen. So u. a., daß der sozialdemokratische Innenminister Seeberting den Striegauer Stahlhelmtag verboten hat. Das Verbot sei aber bis heute noch nicht in Striegau angelangt. Wir zweifeln, daß dieses Verbot überhaupt abgegangen ist. Das Schild „Republik“ heraushängen und sonst alles beim alten lassen, muß solche Zustände zur Folge haben.

Die gerichtliche Untersuchung der Vorgänge führt den Arbeitern aus dem Langenbielauer Kommunistenprozess bekannte deutsch-nationale „republikanische“ Staatsanwalt Schaefer. Dieser Landtagskandidat der deutschnationalen Volkspartei wird die Untersuchung sicher nicht zum Schaden seiner Stahlhelmsfreunde führen. Die Empfehlung der sozialdemokratischen Arbeiter über diesen Mann ist berechtigt. Wenn die sozialdemokratische Führungskraft aber die Absicht gehabt hätte, eine Arbeiterrepublik zu schaffen, dann müßte sie auch überall die Schaefer und Blut-Riedner beseitigen. Dann brauchte sie nicht den Kopf zu schüteln.

## Marx, Marx ins Direktionszimmer.

Die „Bergwacht“ und „Vogelzug“ machen den politischen Lärm. In unserer geistigen Ausgabe brachten wir einen Aufsatz: „Kl. belolomen heraus!“

Die „Bergwacht“ und „Vogelzug“ als Organ der vereinigten Sozialisten, Gewerkschaften und Schauerarbeitere nehmen Abstand an dem Wort „Polus“ und möchten sich der Reich vor Sachen halten, daß die Arbeiter im Bereich weder Jäger noch Vogelzug sein dürfen und daß wir in der Republik als den einzigen Aufführungsort in den Betrieben den Polus haben, trotz oder vielmehr wegen der sozialdemokratischen Betriebsräte und Gewerkschaftsführer. Allerdings nicht für „Bergwacht“ und „Vogelzug“. Die dürfen im Direktionszimmer jedes Betriebes neben der Deutschen Allgemeinen Zeitung das Herz der Unternehmer erfreuen.

## Sie zeigen Ihr wahres Gesicht.

In die Augen fallenden Letztern schreibt die „Vollstimme“ Nr. 329 vom Freitag, den 7. November: Großes Reformwerk der Reichsregierung: Ermäßigung der Steuern, Einstellung des Personalabbaues, Senkung der Preise, Aufbesserung der Beamtengehälter.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Ihr werdet euch erinnern an die Zeit vor der Wahl am 4. Mai und 21. September. Die bürgerlichen Zeitungen wimmelten nur so von Lohnaufbesserungen, Verbilligungsaktionen, Herabsetzung der Tarife, usw. Was aber ist in Wirklichkeit geschehen?

Nach den Wahlen, nachdem ihr für sie gestimmt habt, wurde euch der Lohn gekürzt, müßtet ihr fürs Brot, fürs Fleisch und alle anderen Lebensmittel mehr Geld bezahlen wie je. Bei den Beamten hat man Verlesungen in niedrigere Klassen vorgenommen.

Seht stehen wir wieder im Wahlkampf. Aus diesem Wahlkampf wollen die bürgerlichen Parteien eine absolute Mehrheit für den Reichstag gewinnen, damit sie ihre arbeitereindliche Politik ungehindert und unbehindert treiben können. Dazu müßt ihr ihnen verhelfen, indem ihr für sie stimmt. Und deshalb das Geschrei von Einstellung des Personalabbaues, von Senkung der Preise, Ermäßigung der Steuern, Aufbesserung der Löhne.

Ein großer Teil von Arbeitern ist sich dieses Schwindels und Betrugs schon bewußt. Wir Kommunisten sagen euch, daß die bürgerlichen Parteien sowie die SPD. nicht das halten können, was sie euch versprochen, denn sie haben Deutschland an die englischen, amerikanischen und französischen Kapitalisten verschachert. Ueber den Abbau der Beamten und Arbeiter der Eisenbahn, über die Regelung der Löhne der Eisenbahnarbeiter verfügt ein französischer Kommissar. Die ausländischen Kapitalisten wollen ihre Gewinne aus Deutschland ziehen und das können sie nur, wenn die deutsche Arbeiterklasse ein Sklaventum wird, wenn sie diese zum Arbeitsknecht herabdrückt.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Euer Los euch zu gestalten, liegt nur in eurer Hand. Nicht der Reichstag wird

## 230000 Morgen Schlesiens erhalten die Hohenzollern! Gespendet von sozialdemokratischen Ministern. Und Du, Prolet? Wie groß ist Dein Schrebergarten?

euch eine Besserung eurer Lage bringen, sondern ihr müßt sie euch erkämpfen im Kampfe gegen das Kapital um höhere Löhne, um den Achtstundentag, für den Sturz der kapitalistischen Wirtschaftsordnung für Errichtung der Diktatur des Proletariats! Beweist den Unternehmern und den Parteiführern des Zentrums der Deutschen, der Sozialisten sowie der Sozialdemokraten, daß ihr gewillt seid, euch mit allen Mitteln einzusetzen für den Kampf um eine bessere Existenz, indem ihr am 7. Dezember eure Stimme den Kommunisten gebt, die einzig und allein gewillt sind, den Kampf mit dem Kapital aufzunehmen.

## Breslau

### Kommunistische Partei!

Dienstag, den 18. November, abends 7.30 Uhr, bei Bauer, Dabitzstraße.

### Mitglieder-Versammlung.

Alle sonstigen Versammlungen fallen an diesem Tage aus, auch die morgige Zusammenkunft der Spielgemeinschaft. Alle Mitglieder müssen pünktlich zur Stelle sein.

## Der klamierte Staatsanwalt.

Bei der „Schlesiischen Arbeiterzeitung“ gibt es bereits als Ausnahme, wenn auf einen Artikel keine Anklage kommt. Die Begründungen solcher Anklagen enthalten in der Regel nicht sehr viel Stoff. Aber kein Mensch, auch kein Staatsanwalt, kann mehr geben als er hat. Als die „Schlesiische Arbeiterzeitung“ vor einigen Monaten den Sozialisierungsantrag der SPD-Reichstagsfraktion veröffentlichte und bei der Behandlung des Antrages gegen den Damesblau Stellung nahm, erwiderte der Herr Staatsanwalt — — — Anklage wegen Hochverrats! Der Damesblau genießt als nicht nur den Schutz der Sozialdemokratie, sondern auch des allpreußischen nationalen Herrn Staatsanwalts. Wir gratulieren! Nachdem sich der Herr mehrere Monate lang den Kopf darüber zerbrochen hat, wie man aus unserem Angriff auf den Damesblau einen Hochverrat konstruieren kann, stellte er das Verfahren ein.

Nach der Staatsanwalt nimmt den Kampf von neuem auf. Im Namen des Strafvollzugspräsidenten Humann und des Geistlichen Ozeis des Breslauer Untersuchungsgefängnisses erhebt er gegen unseren damaligen Redakteur Anklage wegen Verleumdung.

Wir hatten in Nr. 111 unseres Blattes unseren kühnen Mitarbeiter Humann auf seine von Sachkenntnis nicht getriebenen, nicht endenwollenden „Berichtigungen“ hin aufgefodert, sich persönlich bei den einzelnen Gefangenen über die Zustände zu erkundigen, was er bisher verweigerte. Humann ließ sich davon befehlen. Doch wir sind gern bereit unser Anrecht einzusetzen und eine Berichtigung Humanns aufzunehmen, des Inhalts, daß er sich endlich dazu herabgelassen habe, mit einem der Gefangenen Breslauer persönlich zu sprechen und durchzugreifen. Wider haben wir, so eifrig sich auch Herr Humann an der Redaktion der „Schlesiischen Arbeiterzeitung“ beteiligt, eine derartige Berichtigung von ihm noch nicht erhalten und — werden sie nicht erhalten.

Reberbeit: Herr Humann, wir haben nach immer keine Berichtigung von Ihnen erhalten des Inhalts, daß unsere Angaben von der Bestimmung dreier Anzüge und eines Trads beim „Beamtenhändler“ des Breslauer Untersuchungsgefängnisses nicht der Wahrheit entsprechen. Warum dieses Mal so säumig, Herr Humann?

Ueber den Waffen der Gruppe zu sprechen erübrigt sich. Wir hoffen nur, daß dieses Mal die Klage nicht zurückgezogen wird.

## Humanns Bucherschranke soll beschwerden verhindern.

Wir veröffentlichten gestern einen offenen Brief eines Arbeiters an Herrn Humann, dessen Inhalt jedem Proletarier und jedem menschlich Fühlenden die Häute ballen ließ. Inzwischen hat Herr Strafvollzugspräsident Humann geantwortet. Die Antwort war ganz Humann. Wir bringen sie nachstehend im Wortlaut, denn sonst glaubt man, es ist eine „Kommunistenfallung“:

Der Präsident  
des Strafvollzugsamtes  
Ferntuf: Ring 9184.  
2. IV. h. 15.  
Breslau 1, 6. November 24.  
Klitterplatz 15.

Der Bescheid auf Ihre Beschwerde vom 2. d. Mts. ist der Gerichtskasse in Breslau überandt worden. Sobald Sie die unten berechneten Kosten bar oder in Gerichtskostenmarken einzahlen oder portofrei (ohne Bestellgebühr) an die Gerichtskasse in Breslau einsenden oder auf das Postkontokonto der Gerichtskasse in Breslau Nr. 6226 überweisen, wird Ihnen der Bescheid zugelandt werden oder bei persönlicher Einzahlung ausgehändigt werden.

Auf Anordnung:  
Unterschrift unleserlich.  
Kanzlelangestellter.

### Kostentehnung.

Gebühr gemäß Tarif a der Allgemeinen Verordnungsgebührenordnung . . . . . 3 Mk

Der parteilose, aber klassenbewußte Arbeiter hat dem eberntisch-bürokratisch-kalten Strafvollzugspräsidenten darauf ein Antw. erteilt, auf die die gesamte deutsche Arbeiterschaft stolz sein kann:

2. IV. h. 115.

An den  
Herrn Präsidenten des Strafvollzugsamtes.  
Am heutigen Tage nahm ich Kenntnis von Ihrem am 6. November 1924 an mich gefandten Schreiben, in dem ich aufgefordert werde, den Bescheid auf meine Anfrage gegen Entrichtung von 3 Mark an die hiesige Gerichtskasse entgegenzunehmen.

Nun, Herr Präsident, wollte ich Sie benachrichtigen, daß ich arbeitslos bin, keine Unterstützung bekomme und aus diesem Grunde meine drei Schöler anderweitig nützlich gebrauche. Daher, Herr Präsident, ist es nicht so einfach, mir 3 Mark aus den Rippen zu quetschen. Meines Wissens nach werden doch die Beamten vom Staat bezahlt. Ich wüßte nicht, wozu ich noch solche mit 3 Mark der Gerichtskasse spende. Wenn Sie mich bestärken, daß diese 3 Mark für die „Rote Hilfe“ gutgeschrieben werden, dann würde ich bereit sein noch weiter zu hungern und die Summe entrichten.

Junges Volk!

S. B.

Wir überlassen den Kommentar dazu den Arbeitern. Wer sagt noch, wir leben in einem Rechtsstaate?

— Das Südt-Mark-Schild kommt. Für die Ausprägung eines 5-Mark-Stückes liegen im Reichsfinanzministerium bereits die endgültigen Entwürfe vor, ohne daß man sich bisher für einen davon entschieden hat. Es soll entweder ein Kopf oder irgendein Symbol darauf geprägt werden. — Damit verdrängen immer mehr die Heftungen mancher Leute, die glauben, daß alte Gelder nicht bergend kommt wieder. Dieses hat nur noch Silberwert. Eine Silbermark gleich 10 Pfg. Als Symbol für das neue Tausendstück empfehlen wir Morgan. Er bringt doch die Dollarzone.

## An die Zellenobente!

Ihr müßt von allen Betriebszellenleitungen, welche Ihr während des Wahlkampfes herausgibt, je 5 Exemplare an die Ortsleitung abliefern.

Über's müßt Ihr den Rat der Zelle jeden Mittwoch und Donnerstag in der Zeit von 7 bis 9 Uhr nach der Ortsleitung schicken um wöchentliches Material zu empfangen.

Ortsleitung, Abt. Zelle.

## Brieftaschen.

Genuß und Eitelkeit. Die Berichtsungsberichte können wir jetzt nicht mehr bringen.

## Dem Zug.

Fahrkarte Zug und Kind. — Aus dem in voller Fahrt befindlichen beschleunigten Eisenwege Algebürg-Kohlfurt führte uns der Starke Blauer Zug zu Kind heraus. Im Abteil war die Tür nicht richtig geschlossen und das Kind hatte an der Klinke gehängt. Der Zug wurde sofort zum Halten gebracht. Zum Glück wurde das neunjährige Kind vom Tode bewahrt, jedoch hatte es erhebliche Körperverletzungen erlitten.

Fort mit den konfessionellen Friesen! Damit hört auch der Streit zwischen Konfessionellen und Konfessionellen oder Angehörigen verschiedener Religionen auf. Entgegen dieser alten Theorie wurde in Hausdörf ein neuer evangelischer Kirchhof von den Pfaffen eingeweiht.

Des Wajfers überdrüssig? Mitten auf dem Stauer der Wehrstr. bei Knap, sprang zwei Rubetern plötzlich eine große Forelle in weitem Bogen in das Boot. Sie hatte das ansehnliche Gewicht von fünf Pfund.

## Was muß Du wissen über die Gründung der Betriebszelle?

Das findest Du in der Broschüre:  
Richard Gypner:  
Die Betriebszelle der Komm. Jugend  
68 Seiten stark, 20 Pfg.  
Zu beziehen durch jede kommunistische Buchhandlung

**Wie verhalte ich mich als Mitglied der Kommunistischen Jugend bei einem polizeilichen Verbot meiner Organisation?**  
**Die Grundfragen der illegalen Verbandsarbeit**  
erschienen als „Der Verbandsarbeiter“, Heft 2, gibt Antwort.  
Preis 30 Pfg. zu beziehen durch jede kommunistische Buchhandlung



